



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 30.10.2013

Anwesend

Vorsitz

Ebling, Michael

Verwaltung

Beck, Günter
Sitte, Christopher
Merkator, Kurt
Eder, Katrin
Grosse, Marianne

Stadtratsmitglieder

Becker, Astrid
Becker, Johanna Dr.
Binz, Katharina
Bleicher, Marc-Antonin
Bub, Kerstin
Canpolat, Nurhayat
Diehl, Christine
Dietz, David
Eckhardt, Gerd Dr.
Egner, Herbert
Faber, Matthias
Faßbender, Ulrike
Flegel, Sabine
Gerster, Thomas
Grodén-Kranich, MdB, Ursula
Gröninger, Markus
Hafner, Klaus
Heinisch, MdL, Gunther
Helm-Becker, Ansgar
Hofem, Dieter
Hofmann, Kai
Huck, Brian Dr.
Hözl, Gudrun
Jaensch, Ruth
Jessen, Jens Prof. em. Dr.
Kinzelbach, Martin
Kloman, Nico
Konrad, Walter Dr.
Konrad, Walter
Koppius, Walter

Kracht, Martina
Kunkel, Marianne
Kützing, Lars Dr.
Köbler, MdL, Daniel
Köbler-Gross, Sylvia
Leinen, Felix Prof. Dr.
Lensch, Eckart Dr.
Moerchel, Christian Dr.
Moseler, Claudius Dr.
Neger, Thomas
Pietsch, Michael Prof. Dr.
Pohl, Christine Dr.
Rösch, Matthias
Schreiner, MdL, Gerd
Schäfer, Herbert
Schönig, Hannsgeorg
Sell, Milan
Siebner, Claudia
Solbach, Norbert
Stritter, Stephan
Strutz, Harald
Sucher, Oliver
Trautwein, Karin
Tress, Peter Dr.
Viering, Christian
Walter-Bornmann, Gerhard
Westrich, Sissi
Willius-Senzer, Cornelia

Schriefführung

Blessing, Detlef

Entschuldigt fehlen

Hirsch, Hannelore
Trautmann, Klaus

Tagessordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen der Stadtratsfraktionen

1. Fehlende Festnetz- und Internetanschlüsse im Baugebiet Finthen West (SPD)
2. Gewerbebeanmeldungen durch EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien (PRO MAINZ)
3. Sicherstellung einer Tennisfreianlage in Mainz-Finthen (PRO MAINZ)
4. Anwendung der Marktsatzung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Hort- und andere Betreuungsplätze für Grundschul Kinder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
6. Stadtrechtsausschuss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
7. Anfrage zum Thema Stromsperrern (DIE LINKE.)
8. Ausschreibungskriterien Mole (DIE LINKE.)
9. Osteiner Hof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Ausgleichsmaßnahme in Zusammenhang mit dem Bau der Coface-Arena (B 157
Bebauungsplan "Multifunktionales Stadion südlich des Europakreisels") (ödp)
11. Zukunft des Eltzer Hofes (ödp)
12. Investorenleitstelle der Stadt Mainz (ödp)
13. Grundfreibetrag für Bewohner stationärer Einrichtungen nach SGB XII (CDU)
14. Umweltzone (CDU)
15. Wahlplakate (CDU)
16. Fassade des Institutsgebäudes für Kunstgeschichte in der Binger Straße (CDU)
17. Entlastung der Kommunen durch Übernahmen der Kosten für die Grundsi-

- cherung durch den Bund (CDU)
- 18. Amt des Stadtschreibers (CDU)
- 18.1 Verhandlungen mit ECE (ödp)
- 19. Fragestunde
 - 19.1. Persönliche Anfrage: Beförderung durch Mainzer Taxi-Unternehmen
 - 19.2. Persönliche Anfrage: "Mainzer-Lösung" für ein ECE-Einkaufszentrum

Anträge der Stadtratsfraktionen

- 20. Berücksichtigung des Tariftreugesetzes und der Tariferhöhungen im Rahmen des TVöD (AGW)
- 21. Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen (ödp)
 - 21.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen“ der ÖDP-Stadtratsfraktion (1664/2013) (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 21.2. Änderungsantrag zum Antrag 1664/2013 der ödp-Stadtratsfraktion "Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen" (CDU)
- 22. Innenstadtkonzept weiter entwickeln (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 22.1. Änderungsantrag Innenstadtkonzept weiter entwickeln (ödp)
 - 22.2. Ergänzungsantrag zum Antrag 1665/2013 der Stadtratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und "Innenstadtkonzept weiter entwickeln" (CDU)
- 23. Gewinnung von Schülerinnen/Schülern als Paten für Kinder (ödp)
 - 23.1. Ergänzungsantrag Gewinnung von Schülerinnen/Schülern als Paten für Kinder von Asylbewerbern (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 23.2. Änderungsantrag zum Antrag 1666/2013 der ödp-Stadtratsfraktion "Gewinnung von Schülerinnen/Schülern als Paten für Kinder" (CDU)
- 24. Zukunftskonzeption für die Bürgerhäuser (CDU)
 - 24.1. Änderungsantrag (SPD, GRÜNE, FDP) zu Zukunftskonzeption für die Bürgerhäuser (CDU)
- 25. Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld (CDU)
 - 25.1. Änderungsantrag zu Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
- 50. Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

26. Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen
27. Nachtragsstellenplan 2013 und 2014
28. Bericht zur Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans 2010 bis 2012
29. Anschaffung eines Mehrzwecktransportfahrzeuges
30. Unselbständige Stiftungen, Nachlässe, Selbständige Stiftungen und Fonds
31. Ergänzungsstandorte für den großflächigen nicht-zentrenrelevanten Einzelhandel nach Landesentwicklungsprogramm IV Ziel 59
32. Kindertagesstätte Alte Ziegelei e. V.;
Finanzierung nach dem Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz
33. Kindertagesstätte des akademischen Bildungs-Centrums ABC e. V., Rhabanusstraße 5, 55118 Mainz; Einrichtung von zwei Gruppen mit Plätzen für Zweijährige und Ganztagsplätzen
34. Jugendpflegeetat
- 34.1 Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie in Mainz
35. Überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 500.000 Euro für die Herstellung
eines Multifunktionsspielfeldes auf dem Außengelände der Kanonikus-Kirchschule in Mainz-Gonsenheim
36. Wirtschaftliche Beteiligungen
37. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;
38. Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung / den 1. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Mainz für die Haushaltsjahre 2013 und 2014
39. Beschlussfassung über den 1. Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 der rechtlich selbstständigen Stiftungen und Fonds
40. Reitplätze im Außenbereich
41. Erweiterung des Straßenbahnnetzes von Hauptbahnhof-West nach Mainz-Lerchenberg
42. Bauleitplanverfahren "H 96" (Planstufe II)

43. Bauleitplanverfahren "B 162" (Einstellung)
44. Bauleitplanverfahren "E 64" und "E 65" (Einstellung)
45. Bebauungsplanverfahren "He 123" (Satzungsbeschluss)
46. Bauleitplanverfahren "(O 64)" (Satzungsbeschluss)
47. Rahmenplan "Heiligkreuz-Areal" (Kenntnisnahme) / Bauleitplanverfahren "W 104",/Ä 44 (Aufstellung)
48. Straßenbenennung für das Baugebiet Henry-Moisand-Straße (L 65), Mainz-Laubenheim

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

49.1 Gremienbesetzungen

51. Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

b) nicht öffentlich

52. Personalangelegenheiten

53. Wirtschaftliche Beteiligungen

54. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "W 102"

55. Grundstücksangelegenheiten

56. Bauangelegenheiten

c) öffentlich

57. Bauleitplanverfahren "W 102" (erneute Planstufe II)

Der Vorsitzende eröffnet um 15:20 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Zunächst gratuliert der Vorsitzende Frau Katharina Binz zu ihrem heutigen Geburtstag.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit nachfolgende Änderungen bzw. Ergänzungen:

Die fristgerecht eingegangene Anfrage Nr. 1696/2013 wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 18.1 behandelt.

Eine weitere persönliche Anfrage von Herrn Walter-Bornmann wird unter TOP 19.2 aufgerufen.

Zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen wird Punkt 34.1 (Beschlussvorlage Nr. 0893/2013).

Zur Antwort zu TOP 2 und TOP 14 gibt es jeweils eine neue Fassung; ebenfalls eine neue Fassung gibt es zu TOP 54 (städtebaulicher Vertrag zu B-Plan W 102).

Zu den Punkten 21, 22, 23, 24 und 25 liegen jeweils Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge der Fraktionen vor.

Ferner gibt es einen Änderungsantrag der ödp (TOP 56.7) zu den Verwaltungsvorlagen unter den TOPs 56.2 und 56.3.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen der Stadtratsfraktionen

Punkt 1 **Fehlende Festnetz- und Internetanschlüsse im Baugebiet Finthen West (SPD)**
Vorlage: 1413/2013

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 **Gewerbebeanmeldungen durch EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien (PRO MAINZ)**
Vorlage: 1436/2013

Die Antwort von Herrn Bürgermeister Beck liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 3 **Sicherstellung einer Tennisfreianlage in Mainz-Finthen (PRO MAINZ)**
Vorlage: 1503/2013

Zu der Antwort der Verwaltung stellt Herr Stritter zwei Zusatzfragen:

1. Wurde dem Tennisclub Hilfe bei der Suche nach einem neuen Standort Hilfe angeboten?

Herr Bürgermeister Beck teilt hierzu mit, dass alle Vereine zu diesem Zweck zu einem runden Tisch eingeladen wurden, um entsprechend Hilfe zu leisten.

2. Gibt es bereits einen Antrag auf Änderung des Bebauungs- bzw. Flächennutzungsplanes?

Beides wird von Frau Baudezernentin Grosse verneint.

Punkt 4 **Anwendung der Marktsatzung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1623/2013

Zur Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte stellt Herr Helm-Becker die Zusatzfrage, inwieweit die Verwaltung der Meinung sei, dass die bestehende Praxis mit der Rechtsprechung im Einklang stehe.

Hierzu erklärt Herr Sitte, dass die Rechtslage nicht ganz klar sei, und er schlägt vor, dieses Thema ausführlich im Wirtschaftsausschuss zu besprechen, was vom Stadtrat begrüßt wird.

Punkt 5 **Hort- und andere Betreuungsplätze für Grundschul Kinder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1624/2013

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Stadtrechtsausschuss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 1625/2013

Die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Dr. Huck wurden von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet.

Punkt 7 **Anfrage zum Thema Stromsperrern (DIE LINKE.)**
Vorlage: 1658/2013

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 8 **Ausschreibungskriterien Mole (DIE LINKE.)**
Vorlage: 1659/2013

Die Anfrage – einschließlich einer Zusatzfrage von Herrn Hofem – wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

Punkt 9

Osteiner Hof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorlage: 1667/2013

Die Anfrage wurde von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet. Eine Zusatzfrage von Herrn Dr. Huck beantwortet er ebenfalls.

Punkt 10 **Ausgleichsmaßnahme in Zusammenhang mit dem Bau der Coface-Arena**
(B 157 Bebauungsplan "Multifunktionales Stadion südlich des Europa-kreisels") (ödp)
Vorlage: 1672/2013

Zur vorliegenden Antwort von Frau Beigeordneter Eder stellt Herr Prof. Leinen die Zusatzfragen, warum es bezüglich der Entsiegelung im Dalheimer Weg keinen Fortgang gäbe und ob die Abtsgasse nicht in Gänze entsiegelt werden könne.

Hierzu teilt Frau Beigeordnete Eder mit, dass zum Dalheimer Weg Informationen der GVG eingeholt werden müssten und dementsprechend die Antwort nachgereicht werde. Was die Abtsgasse angehe, so sei hier nie von einer kompletten Entsiegelung die Rede gewesen, da diese als Rad- und Fußwegeverbindung dringend erforderlich sei.

Punkt 11 **Zukunft des Eltzer Hofes (ödp)**
Vorlage: 1673/2013

Die Anfrage sowie zwei Zusatzfragen von Herrn Dr. Moseler wurden von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet.

Punkt 12 **Investorenleitstelle der Stadt Mainz (ödp)**
Vorlage: 1674/2013

Die Antwort auf die ödp-Anfrage – einschließlich einer Zusatzfrage von Herrn Dr. Moseler – wurden von Herrn Beigeordneten Sitte beantwortet.

Punkt 13 **Grundfreibetrag für Bewohner stationärer Einrichtungen nach SGB XII (CDU)**
Vorlage: 1684/2013

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator zur Kenntnis.

Punkt 14 **Umweltzone (CDU)**

Vorlage: 1685/2013

Zur vorliegenden Antwort von Frau Beigeordneter Eder stellt Herr Prof. Pietsch zwei Zusatzfragen:

1. Wie erklären sich die unterschiedlich hohen Beträge für ein Verkehrsschild, das von der Verwaltung aufgestellt wird, zu einem umgefahrenen Schild, das von den Verursachern ersetzt werden muss. Letztere seien wesentlich höher.
2. Können Vergleichszahlen für Immissionen von NO_x und Feinstäuben zwischen 2012 und 2013 geliefert werden?

Frau Beigeordnete Eder teilt mit, dass die Antwort zu Frage 1 nachgereicht werde. Zu Frage 2 verweist sie auf die Homepage des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht. Aufgrund der geringen Personaldecke im Umweltamt könne dies nicht geleistet werden.

Punkt 15 **Wahlplakate (CDU)**
Vorlage: 1686/2013

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 16 **Fassade des Institutsgebäudes für Kunstgeschichte in der Binger**
Straße (CDU)
Vorlage: 1687/2013

Die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Dr. Konrad wurden von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet.

Punkt 17 **Entlastung der Kommunen durch Übernahmen der Kosten für die**
Grundsicherung durch den Bund (CDU)
Vorlage: 1688/2013

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat von der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator Kenntnis.

Punkt 18

Amt des Stadtschreibers (CDU)

Vorlage: 1689/2013

Die Anfrage – ebenso eine Zusatzfrage von Herrn Dr. Konrad – wurden von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet.

Punkt 18.1 **Verhandlungen mit ECE (ödp)**
Vorlage: 1696/2013

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort stellt Herr Dr. Moseler die Zusatzfrage, ob die noch nicht vorgelegten Antworten schriftlich nachgereicht werden. Hierzu entgegnet Frau Grosse, dass auf Grund der vielen Großprojekte dies zurzeit nicht möglich sei, die Fragen jedoch im weiteren Verfahren automatisch noch beantwortet werden.

Punkt 19 **Fragestunde**

Punkt 19.1 **Persönliche Anfrage: Beförderung durch Mainzer Taxi-Unternehmen**
Vorlage: 1668/2013

Die persönliche Anfrage – einschließlich einer Zusatzfrage von Frau Faßbender – wurden von Frau Beigeordneter Eder beantwortet.

Punkt 19.2 **Persönliche Anfrage: "Mainzer-Lösung" für ein ECE-Einkaufszentrum**
Vorlage: 1705/2013

Die vorgelegte Antwort von Frau Beigeordneter Grosse wird von Herrn Walter-Bornmann ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Anträge der Stadtratsfraktionen

Punkt 20 **Berücksichtigung des Tariftreugesetzes und der Tarifierhöhungen im**
Rahmen des TVöD (AGW)
Vorlage: 0688/2013

Nach der Begründung des Antrages durch den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, Herrn Steitz, nimmt Frau Siebner für die CDU Stellung. Frau Westrich für die SPD, Frau Köbler-Gross für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Dietz für die FDP beantragen Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen. Herr Konrad für die ödp spricht sich gegen eine Überweisung aus und würde gerne in der Sache beschließen.

Herr Faber spricht sich für BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ für eine Überweisung in den Finanzausschuss aus.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Merkator für die Verwaltung überweist der Stadtrat mit großer Mehrheit (gegen die Stimmen der ödp und DIE LINKE) den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen.

- Punkt 21** **Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen (ödp)**
Vorlage: 1664/2013
- Punkt 21.1** **Gemeinsamer Änderungsantrag zum Antrag „Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen“ der ÖDP-Stadtratsfraktion (1664/2013) (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1664/2013/1
- Punkt 21.2** **Änderungsantrag zum Antrag 1664/2013 der ödp-Stadtratsfraktion "Bürgerforen: Ausdehnung der Erprobungsphase und Einrichtung von Jugendforen" (CDU)**
Vorlage: 1664/2013/2

Den Antrag der ödp begründet Herr Prof. Leinen. Die Begründung des gemeinsamen Änderungsantrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP übernehmen Frau Dr. Becker, Herr Viering und Herr Dietz. Der Änderungsantrag der CDU wird von Frau Siebner begründet. Abschließend wird vereinbart, dass die Nr. 1 des Änderungsantrages der CDU von den Antragstellern des gemeinsamen Antrages übernommen wird. Lediglich die Punkte 2 und 3 des CDU-Antrages sollen getrennt abgestimmt und in die Lenkungsgruppe überwiesen werden. Nach einer Stellungnahme von Frau Hölzl für DIE LINKE nimmt Herr Oberbürgermeister Ebling für die Verwaltung Stellung.

Am Ende der Aussprache beschließt der Stadtrat:

1. Der Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP einschließlich der Nr. 1 des Antrages der CDU wird bei fünf Enthaltungen einstimmig beschlossen.
2. Die Nrn. 2 und 3 des CDU-Änderungsantrages werden an die Lenkungsgruppe (Arbeitsgruppe Jugendbetreuung) überwiesen.
3. Der Antrag der ödp wird bei drei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

- Punkt 22** **Innenstadtkonzept weiter entwickeln (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-**

NEN, FDP)
Vorlage: 1665/2013

Punkt 22.1 **Änderungsantrag Innenstadtkonzept weiter entwickeln (ödp)**
Vorlage: 1665/2013/1

Punkt 22.2 **Ergänzungsantrag zum Antrag 1665/2013 der Stadtratsfraktionen**
von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und "Innenstadtkonzept weiter
entwickeln" (CDU)
Vorlage: 1665/2013/2

Zunächst begründet Herr Rösch den gemeinsamen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP. In seiner weiteren Begründung erklärt Herr Dr. Kützing, dass dem Antrag – gemeinsam mit dem Ergänzungsantrag der CDU – zugestimmt werden könne, der Antrag der ödp jedoch auf Ablehnung stoße. Dem schließen sich auch Herr Strutz sowie Herr Dr. Eckhardt, der den Ergänzungsantrag der CDU begründet, an. Herr Dr. Moseler schlägt in seiner Begründung des ödp-Antrages vor, alle drei Anträge als Gesamtpaket zu verabschieden. Falls dem nicht zugestimmt werden könne, beantragt er Einzelabstimmung für die einzelnen Punkte des Ampel-Antrages und des CDU-Ergänzungsantrages.

Bei fünf Ja-Stimmen wird zunächst der weitergehende Antrag der ödp mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Nr. 1 des gemeinsamen Antrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP einschließlich des CDU-Antrages wird bei fünf Gegenstimmen beschlossen. Die Zustimmung zu den Nummern 2 bis 6 erfolgt einstimmig.

Punkt 23 **Gewinnung von Schülerinnen/Schülern als Paten für Kinder (ödp)**
Vorlage: 1666/2013/1

Punkt 23.1 **Ergänzungsantrag Gewinnung von Schülerinnen/Schülern als Paten**
für Kinder von Asylbewerbern (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP))
Vorlage: 1666/2013/2

Punkt 23.2 **Änderungsantrag zum Antrag 1666/2013 der ödp-Stadtratsfraktion**
"Gewinnung von Schülerinnen/Schülern als Paten für Kinder" (CDU)
Vorlage: 1666/2013/3

Der Antrag der ödp wird von Herrn Konrad begründet. Die Begründung des gemeinsamen Änderungsantrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP übernehmen Frau Kracht, Herr Viering und Frau Willius-Senzer, die vorschlägt, alle drei Anträge in die Fachausschüsse zu überweisen. Diese Auffassung vertritt auch Herr Solbach in seiner Begründung zum CDU-Antrag, wobei als Fachausschüsse der Jugendhilfeausschuss und der Schulträgerausschuss genannt werden.

Nach weiteren Stellungnahmen von Herrn Hofem für DIE LINKE und Herrn Beigeordneten Merkator für die Verwaltung überweist der Stadtrat alle drei Anträge einstimmig – bei einer Enthaltung – zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss und den Schulträgerausschuss.

Punkt 24 **Zukunftskonzeption für die Bürgerhäuser (CDU)**
Vorlage: 1670/2013

Punkt 24.1 **Änderungsantrag (SPD, GRÜNE, FDP) zu Zukunftskonzeption für die Bürgerhäuser (CDU)**
Vorlage: 1670/2013/1

Herr Hafner begründet den Antrag der CDU und teilt mit, dass man den gemeinsamen Änderungsantrag übernehmen könne, so dass beide als ein Antrag beschlossen werden könnten. Dem stimmen auch Herr Hofmann (SPD), Frau Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Koppius (FDP) in der Begründung des Änderungsantrages zu. In seiner Stellungnahme für die ödp signalisiert auch Herr Dr. Moseler Zustimmung zum nunmehr einheitlichen Antrag. Herr Hofem erklärt hingegen für DIE LINKE, dass keine Zustimmung erteilt werden könne.

Mit großer Mehrheit – bei zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE – beschließt der Stadtrat sodann beide Anträge als Einheit.

Punkt 25 **Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld (CDU)**
Vorlage: 1671/2013

Punkt 25.1 **Änderungsantrag zu Verkehrskonzeption für das Bahnhofsumfeld (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**
Vorlage: 1671/2013/1

Nach der Begründung des CDU-Antrages durch Herrn Gerster wird von Herrn Helm-Becker für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Kinzelbach für die SPD und Herrn Koppius für die FDP mitgeteilt, dass dem CDU-Antrag nicht zugestimmt werden könne und deshalb der gemeinsame Änderungsantrag vorgelegt worden sei. Nach weiteren Stellungnahmen von Herrn Dr. Moseler für die ödp, Herrn Faber für BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ und Frau Beigeordneter Eder für die Verwaltung fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

1. Der weitergehende Antrag der CDU wird gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

2. Der gemeinsame Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird mehrheitlich – bei einigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen – beschlossen.

Punkt 50 **Einwohnerfragestunde [ca. 18.00 Uhr]**

Fragen zu den Themen Einkaufszentrum ECE und Tätigkeitsberichte einiger Ämter werden von der Verwaltung beantwortet.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 26 **Sachstandsberichte zu den Anträgen der Stadtratsfraktionen**

Punkt 26.1 **Sachstandsbericht zum Antrag 0701/2012 (DIE LINKE.) und 0701/2012/1 (gemeinsamer Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP); hier: Sofortiger Abriss-Stopp auf dem Layenhof Vorlage: 1331/2013**

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2013.

Punkt 26.2 **Sachstandsbericht zum Antrag 0405/2012; hier: Mitgliedschaft des Forums Layenhof im Zweckverband Layenhof (ödp/Freie Wähler) Vorlage: 1334/2013**

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt den Antrag entsprechend der Empfehlung von Verwaltung und Haupt- und Personalausschuss einstimmig für erledigt..

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2013.

Punkt 26.3 **Sachstandsbericht zum Antrag 106/1993;**
hier: Landschaftsschutz für die Bäume um den ehemaligen Layen-
hof (CDU)
Vorlage: 1335/2013

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig – entgegen der Empfehlung der Verwaltung – die Vorlage eines erneuten Sachstandsberichtes in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2013.

Punkt 26.4 **Sachstandsbericht zum Antrag 0084/2010;**
hier: Unternehmensansiedlungspolitik in Mainz (CDU und ödp)
Vorlage: 1365/2013

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 20.09.2013.

Punkt 26.5 **Sachstandsbericht zum Antrag 211/2006 der SPD und Änderungs-**
antrag von CDU/FDP;
hier: Fortführung und Intensivierung des Projektes „Kommunaler
Bürgerhaushalt“
Vorlage: 1389/2013

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig die erneute Vorlage eines weiteren Sachstandsberichtes in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.09.2013.

Punkt 26.6 **Sachstandsbericht zum Antrag 0222/2013 der CDU und Änderungs-**
antrag 0222/2013/1 von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FDP;
hier: Betriebliche Kinderbetreuung forcierter ausbauen
Vorlage: 1204/2013

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beschließt einstimmig erneute Berichterstattung in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.10.2013.

Punkt 26.7 **Sachstandsbericht zum Antrag 1728/2012 (FDP) sowie Ergänzungsantrag 1728/2012/1 (CDU);**
hier : Einsatz von QR-Codes in der Landeshauptstadt Mainz
Vorlage: 1347/2013

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt einstimmig die Anträge für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.10.2013.

Punkt 26.8 **Sachstandsbericht zum Antrag 1989/2012 (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP);**
hier: Ergebnisse der Planwerkstätten Layenhof umsetzen
Vorlage: 1336/2013

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.20.2013.

Punkt 27 **Nachtragsstellenplan 2013 und 2014**
Vorlage: 1294/2013

Einstimmig und ohne Aussprache beschließt der Stadtrat:

Der derzeit gültige Stellenplan wird durch einen Nachtrag für das Jahr 2013 und 2014 fortgeschrieben (Anlage 1) und durch die aus der Anlage 2 und 3 ersichtlichen Stellenneuschaffungen, -erweiterungen bzw. -veränderungen angepasst.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.10.2013.

Punkt 28 **Bericht zur Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans 2010 bis 2012**
Vorlage: 1296/2013

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht zur Umsetzung des Gleichstellungsaktionsplans 2010 bis 2012 und beschließt einstimmig, zur weiteren Erfüllung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene einen neuen Gleichstellungsaktionsplan zu erarbeiten und damit die bisherigen Maßnahmen fortzuschreiben und zu aktualisieren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.09.2013.

Punkt 29 **Anschaftung eines Mehrzwecktransportfahrzeuges;**
hier: Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln und einer Verpflichtungsermächtigung (VE)
Vorlage: 1450/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 70.000 Euro und die überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 160.000 Euro, damit der Vertrag zur Beschaffung eines Mehrzwecktransportfahrzeuges im Jahr 2013 abgeschlossen werden kann.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.09.2013.

Punkt 30 **Unselbständige Stiftungen, Nachlässe, Selbständige Stiftungen und Fonds;**
hier: Änderung des Kostenrechnungskreises ab dem Haushaltsjahr 2013 für die unselbständigen Stiftungen und Nachlässe
Vorlage: 1435/2013

Einstimmig fasst der Stadtrat nachfolgenden Beschluss:

Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft in Höhe von 1.012.696,24 € (davon 462.447,77 € für die Unselbständigen Stiftungen und 550.248,47 € für die Nachlässe) für das Haushaltsjahr 2013 wird zugestimmt.

Die Deckung in Höhe von 1.012.696,24 € erfolgt aus den verfügbaren Haushaltsmitteln (462.447,77 € für die Unselbständigen Stiftungen und 550.248,47 € für die Nachlässe) des Sonderhaushaltes des Haushaltsjahres 2012.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.10.2013.

Punkt 31 **Ergänzungsstandorte für den großflächigen nicht-zentrenrelevanten Einzelhandel nach Landesentwicklungsprogramm IV Ziel 59**
Vorlage: 0972/2013/1

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Erweiterung der Ergänzungsstandorte im Sinne des Ziels 59 des Landesentwicklungsprogramms IV (LEP IV).

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2013.

Punkt 32 **Kindertagesstätte Alte Ziegelei e. V.; Finanzierung nach dem Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz**
Vorlage: 1202/2013

Der Aufnahme der Kindertagesstätte Alte Ziegelei e.V. in den Kindertagesstättenbedarfsplan der Stadt Mainz als freier Träger und der Finanzierung der Personalkosten nach dem Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz (KitaG) ab 01.01.2014 wird einstimmig zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.10.2013.

Punkt 33 **Kindertagesstätte des akademischen Bildungs-Centrums ABC e. V., Rhabanusstraße 5, 55118 Mainz; Einrichtung von zwei Gruppen mit Plätzen für Zweijährige und Ganztagsplätzen**
Vorlage: 0629/2013/1

Einstimmig – bei zwei Enthaltungen – fasst der Stadtrat nachfolgenden Beschluss:

Der Einrichtung einer Kindertagesstätte für zwei Gruppen mit insgesamt 30 Ganztagsplätzen, davon eine Gruppe mit kleiner Altersmischung für Kinder im Alter von

acht Wochen bis zum Schuleintritt, in Trägerschaft des akademischen Bildungszentrums e. V., wird zugestimmt.

Die Stadt Mainz gewährt dem Träger einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 131.275,00 €.

Die Personalkosten werden im Rahmen der Bestimmungen des Kindertagesstättengesetzes Rheinland-Pfalz finanziert.

Die erforderlichen Mittel stehen im Doppelhaushalt 2013/2014 zur Verfügung. Die Kindertagesstätte wird in den Kindertagesstättenbedarfsplan der Stadt Mainz aufgenommen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.10.2013.

Herr Schönig gibt für die CDU-Fraktion zu Protokoll, dass durch das Tätigwerden der Verwaltung im Vorfeld der Berichterstattung zu dieser Sitzung, die Bedenken seiner Fraktion ausgeräumt worden seien.

Punkt 34 **Jugendpflegeetat**
Vorlage: 1401/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Zuschussatz für Maßnahmen der Sozialen Bildung und Freizeit im Rahmen des Jugendpflegeetats der Landeshauptstadt Mainz je Tag und Teilnehmenden sowie Betreuungskraft von 1,80 Euro auf 2,00 Euro zu erhöhen. Die Zuschusserhöhung soll erstmals ab 01.01.2014 für Maßnahmen, die im Jahr 2014 stattfinden, wirksam werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.10.2013.

Punkt 34.1 **Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie in Mainz**
Vorlage: 0893/2013

Der Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie in Mainz wird zur Kenntnis genommen.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 13.08.2013.

Punkt 35 **Überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 500.000 Euro für**

**die Herstellung eines Multifunktionsspielfeldes auf dem Außenge-
lände der Kanonikus-Kir-Schule in Mainz-Gonsenheim**
Vorlage: 1441/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von 500.000 € für das Haushaltsjahr 2014 im Rahmen der Errichtung einer Sporthalle für das Otto-Schott-Gymnasium (Kosten 3,6 Millionen Euro), damit die zusätzliche Herstellung eines Multifunktionsfeldes auf dem angrenzenden Gelände der Kanonikus-Kir-Schule ermöglicht werden kann.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.10.2013.

Punkt 36 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 36.1 **Gebäudewirtschaft Mainz;**
hier: Prüfbericht für den Jahresabschluss 2012 und Beschlussfassung
über die Behandlung des Jahresergebnisses
Vorlage: 1348/2013

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat:

Der Werkausschuss nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der GWM zum 31. Dezember 2012 zur Kenntnis. Der Werkausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 festzustellen.

Die Werkleitung schlägt vor, den Jahresgewinn 2012 in Höhe von 5.486.194,03 € der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Punkt 36.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen; hier: Jahresabschluss der WFB Ferti-**
gung & Service - Werkstätten für behinderte Menschen Mainz
gGmbH für das Geschäftsjahr 2012
Vorlage: 1404/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der WFB Fertigung & Service – Werkstätten für behinderte Menschen Mainz gGmbH für das Geschäftsjahr 2012 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 19.673.578,40 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 404.907,52 € bzw. einem Bilanzgewinn in Höhe von 104.907,52 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Bilanzgewinn in Höhe von 104.907,52 € in Höhe von 104.000 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den übersteigenden Betrag in Höhe von 907,52 € zusammen mit dem bisherigen Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2012,
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2012,
5. den Prüfbericht der ATAX Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2012.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.10.2013.

Punkt 37 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Eigenwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponso-

ringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendun-
gen

Vorlage: 1407/2013

Die vorgelegten Listen für 2013 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Spenden-/ Sponsoringanträge

Nr. 0211/2013 (einstimmig) und

Nr. 0212/2013 (bei fünf Gegenstimmen und drei Enthaltungen)

wird zugestimmt.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.10.2013.

Punkt 38 **Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung / den 1. Nachtragshaushaltsplan der Stadt Mainz für die Haushaltsjahre 2013 und 2014**
Vorlage: 1500/2013

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes stellt Herr Bürgermeister Beck die Eckpunkte des Nachtragshaushalts an Hand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Die Stadtratsmitglieder Dr. Tress (CDU), Prof. Leinen (ödp), Kinzelbach (SPD), Dr. Huck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hofem (DIE LINKE.), Stritter (BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ) und Dietz (FDP) nehmen für ihre Fraktionen Stellung. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Ratsmitglieder Köbler, Schönig, Egner, Groden-Kranich und Dr. Moseler.

Der Stadtrat fasst sodann mehrheitlich (bei Zustimmung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE sowie Enthaltungen von CDU, ödp und BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ) nachfolgenden Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den 1. Nachtragshaushaltsplan sowie die 1. Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2013 und 2014.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.10.2013.

Punkt 39

Beschlussfassung über den 1. Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 der rechtlich selbstständigen Stiftungen und Fonds
Vorlage: 1511/2013

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen den 1. Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 der rechtlich selbstständigen Stiftungen und Fonds.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.10.2013.

Punkt 40

Reitplätze im Außenbereich;

hier: Kriterienkatalog / Leitlinien zur Beurteilung von Reitplätzen im Außenbereich

Vorlage: 0978/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig den Kriterienkatalog / die Leitlinien zur Beurteilung von Reitplätzen im Außenbereich als zusätzliche Grundlage der Einzelfallprüfung sowohl bei Genehmigungsverfahren nach § 35 Abs. 2 BauGB als auch bei der Durchführung möglicher Vorhaben und Erschließungspläne.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Punkt 41

Erweiterung des Straßenbahnnetzes von Hauptbahnhof-West nach Mainz-Lerchenberg

hier: Beschlussfassung der Stadt Mainz über die Realisierung des Vorhabens

Vorlage: 1446/2013/1

Zu der Verwaltungsvorlage wird von den Fraktionen von Herrn Stritter (BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ) und Herrn Hofem (DIE LINKE) mitgeteilt, dass keine Zustimmung erteilt werde. Demgegenüber wird von Herrn Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Moseler (ödp), Dr. Lensch (SPD), Koppius (FDP) und Schönig (CDU) jeweils Zustimmung signalisiert.

Nach einer kurzen Stellungnahme für die Verwaltung durch die Verkehrsdezernentin, Frau Beigeordneter Eder, wird über die Vorlage abgestimmt.

Der Stadtrat beschließt mit großer Mehrheit – bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜRGERBEWEGUNG PRO MAINZ und DIE LINKE – , die geplante Erweiterung des Straßenbahnnetzes von Hauptbahnhof-West nach Mainz-Lerchenberg.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.10.2013.

Punkt 42

Bauleitplanverfahren "H 96" (Planstufe II)

Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Geschäftsstelle Mainz 05 - VEP (H 96)"

hier: - Entscheidung über die Einleitung gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

- Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB

- Vorlage in Planstufe II

- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem.

§ 3 Abs. 1 BauGB

- Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden

- Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 1579/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei der Enthaltungen – zum o. g. Bebauungsplanverfahren:

1. die Einleitung des VEP auf der Grundlage der vom Investor erstellten Planungen gemäß § 12 Abs. 2 BauGB und den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
2. das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen,
3. die Vorlage in Planstufe II,
4. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren,
5. auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB zu verzichten,
6. die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Die Ratsmitglieder Strutz und Hafner nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

Punkt 43

Bauleitplanverfahren "B 162" (Einstellung);

Einstellung des Bebauungsplanverfahrens "Wilhelmsstraße (B 162)"

Vorlage: 1580/2013

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen, drei Enthaltungen) die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens "Wilhelmsstraße (B 162)".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Punkt 44 **Bauleitplanverfahren "E 64" und "E 65" (Einstellung);**
hier: Einstellung der Bebauungsplanverfahren "Vorhalteflächen für
Windenergieanlagen Ebersheim-Nord (E 64)" und "Vorhalteflächen
für Windenergieanlagen Ebersheim Süd (E 65)"
Vorlage: 1582/2013

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Einstellung der beiden Bebauungsplanverfahren "Vorhalteflächen für Windenergieanlagen Ebersheim-Nord (E 64)" und "Vorhalteflächen für Windenergieanlagen Ebersheim Süd (E 65)".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Punkt 45 **Bebauungsplanverfahren "He 123" (Satzungsbeschluss)**
Bebauungsplanverfahren "Vogelsbergstraße (He 123)";
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB;
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB.
Vorlage: 1583/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig zum o. g. Bebauungsplanentwurf

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,
3. die Zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Punkt 46 **Bauleitplanverfahren "(O 64)" (Satzungsbeschluss)**
Bebauungsplanentwurf „Reihenhäuser am Landwehrweg (O 64)“;
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 1588/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig zu o. g. Bauleitplanentwurf:

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB,
2. unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange den o. g. Bebauungsplanentwurf gem. § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gem. § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

- Punkt 47** **Rahmenplan "Heiligkreuz-Areal" (Kenntnisnahme) / Bauleitplanverfahren**
"W 104", /Ä 44 (Aufstellung, Planstufe I)
a) Rahmenplan Heiligkreuz-Areal;
hier: - Kenntnisnahme
- Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit
b) Änderung Nr. 44 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Heiligkreuz-Areal (W 104)";
hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8
BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
c) Bebauungsplanverfahren "Heiligkreuz-Areal (W 104)"
hier: - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8
BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 1584/2013

Einstimmig und ohne Aussprache fasst der Stadtrat nachfolgende Beschlüsse:

zu a)

Der Stadtrat nimmt den Rahmenplanentwurf "Heiligkreuz-Areal" zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.

zu b) und c)

Der Stadtrat beschließt zu den o. g. Bauleitplanverfahren

- den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB.
- die Vorlage in Planstufe I

- die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren auf Grundlage des Rahmenplanentwurfes "Heiligkreuz – Areal"

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Punkt 48 **Straßenbenennung für das Baugebiet Henry-Moisand-Straße (L 65), Mainz-Laubenheim;**
hier: Adalfrid-und-Songart-Weg
Vorlage: 0947/2013

Der Stadtrat beschließt einstimmig, der neu entstehenden Stichstraße im Baugebiet L 65 den Namen „Adalfrid-und-Songart-Weg“ zu geben.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.08.2013.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 49 **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

Punkt 49.1 **Gremienbesetzungen**
Vorlage: 1595/2013

Der Stadtrat beschließt bzw. bestätigt mit Mehrheit (zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE) die nachfolgenden Ergänzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien:

1. Psychiatriebeirat
(10 25 07 / 153)

Auf Vorschlag der Agentur für Arbeit wird als Nachfolgerin von Frau Trapp-Heinrich

Christel Werner

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Sozialausschuss
(10 25 07 / 96)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Starke

Patrick Schmitt

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Umlegungsausschuss

(10 25 07 / 108)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Dr. Witt

Peter Strokowski

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Weitere Stellvertretung in Ausschüssen/Werkausschüssen

10 25 07/

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als weitere Stellvertretung

Hermann Wiest

in alle Ausschüsse/Werkausschüsse gewählt.

Dies gilt nicht für den Jugendhilfe-, den Gutachter- und den Unterausschuss Fluglärmschutz sowie die Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Rheinhes-sen-Nahe.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.10.2013.

Punkt 51 Anregungen der Ortsbeiräte [ca. 18.30 Uhr]

Hierzu sind keine Vorlagen vorhanden.

**Punkt 57 Bauleitplanverfahren "W 102" (erneute Planstufe II)
Bebauungsplanverfahren "Am neuen Friedhof Weisenau (W 102)"
hier: - Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
 - Erneute Vorlage in Planstufe II
 - Erneute eingeschränkte Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
 i. V. m. § 4 a Abs. 3 BauGB
Vorlage: 1581/2013**

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat zum o. g. Bauleitplanentwurf

1. die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
2. die erneute Vorlage in Planstufe II,
3. die erneute eingeschränkte Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 in Verbindung § 4 a Abs. 3 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.10.2013.

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schrifführung